

**Persönliche Erklärung zum TOP 4,  
abgegeben in der Vollversammlung vom 17.6.15 von Egon Dobat**

TOP 4: **Wohnungsbau in Berlin**

Berlins Bevölkerung wächst: Die Stadt ist Anziehungspunkt mit nationaler und internationaler Strahlkraft für 45.000 Neuberliner jährlich. Das Wohnungsangebot in der Mieterstadt Berlin wird gleichzeitig immer knapper. Statt mehr Anreize für privaten Wohnungsbau zu setzen, reagiert der Senat mit Milieuschutzregelungen, Mietpreisbremse und Zweckentfremdungsverbot. Auch die Initiatoren des „Mietenvolksentscheid e.V.“ setzen mit der angestrebten Umwandlung der landeseigenen Wohnungsbauunternehmen in Anstalten Öffentlichen Rechts und der Einführung von Mieterbeiräten falsche Signale für eine aktive Wohnungsbaupolitik. Vor diesem Hintergrund möchten wir Ihnen die aktuelle Situation darstellen und mit Ihnen eine Positionierung der Berliner Wirtschaft zum Mietenvolksentscheid erarbeiten.

Ich stimme völlig damit überein, dass einige Maßnahmen, zu denen **z.B. das Zweckentfremdungsverbot** zählt, überzogene Eingriffe in den Markt sind. Dazu zähle ich u.a. das Verbot von Ferienwohnungen, deren Betreiber diese korrekt angemeldet haben, die City-Tax und Steuern dafür bezahlen. Das sind legal gewerbliche Vermieter und oft auch IHK-Mitglieder.

Wenn sich hingegen ca. 40.000 Berliner an einer Unterschriftenaktion für bezahlbare Mieten beteiligen, dann müssen auch wir das respektieren und es der staatlichen Administration überlassen, sozialpolitisch darauf einzugehen.

**Sozialpolitik** ist die Bezeichnung für Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation insbesondere benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen. Träger der Sozialpolitik ist vornehmlich der [Staat](#).  
(Quelle: Wikipedia)

Zitat aus dem IHK-Gesetz § 1: (5) **Nicht** zu den Aufgaben der Industrie- und Handelskammern gehört die Wahrnehmung **sozialpolitischer** Interessen.

Unsere Aufgabe würde ich dergestalt definieren, dass wir an die Vermieter und Verwalter appellieren, den Wert des sozialen Friedens zu schätzen. Das wird von vielen privaten Vermietern mit abbezahlten Immobilien auch so gehandhabt. Wer seine Mieter persönlich kennt, respektiert oft auch deren wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.

Es sind hingegen überwiegend die privatisierten Großvermieter und internationale Investoren, die naturgemäß versuchen maximale Renditen zu erwirtschaften.

Und das ist in der Tat Volkes Erfahrung. Es sind unsere Mitarbeiter, die das Volksbegehren unterstützen. Diese leiden durch Mieterhöhungen, die durch normale Preissteigerungen nicht gerechtfertigt werden können. Wir hier, können sich wahrscheinlich überwiegend Wohnungseigentum leisten. Dennoch dürfen wir nicht zulassen, partielle Interessen in der Bau- und Wohnungswirtschaft oder sonstiger Kreise, die uns hier aufdrängt werden, als Meinung der Wirtschaft zu kommunizieren.

Wenn sich also jemand in diesem Kreis dahingehend positionieren möchte, dann wäre der richtige Rahmen in Verbänden, denen man freiwillig angehört, in politischen Parteien oder sonstigen Organisationen.